

Das Stimmvolk entscheidet über das Walliser Solardekret

Das Referendumskomitee hat bereits über 2500 Unterschriften gesammelt. Was heisst das für die Walliser Solarprojekte?

Armin Bregy

Es ist keine eigentliche Überraschung – aber trotzdem ein Dämpfer für die Walliser Solaroffensive. Sie muss eine weitere Hürde überspringen: diejenige des Stimmvolks.

Das Referendum gegen das «Dekret über das Baubewilligungsverfahren für grosse Photovoltaikanlagen» ist auf gutem Weg. Über 2500 Unterschriften wurden bereits gesammelt, bis am 18. Mai müssten es 3000 sein. Brigitte Wolf ist Co-Präsidentin der Walliser Grünen. Sie sagt: «Das Referendum kommt zustande, das können wir bereits heute mit Sicherheit sagen.» Dies berichtete auch der TV-Lokalsender Canal 9.

Lanciert wurde das Referendum von den Grünen und Pro Natura. Unterstützt wurde es jedoch von verschiedenen Parteien und Organisationen: von der SP Unterwallis, der IG Saflischthal, der Unterwalliser Sektion des Schweizer Heimatschutzes oder von der Fondation Franz Weber. «Aber auch die SVP Unterwallis sympathisiert mit dem Referendum», sagt Wolf.

Im Grossen Rat trat die SVPU-Fraktion als vehemente Verteidigerin der Walliser Landschaft auf, vermischte das Solarossier mit der aktuellen Zuwanderungsdebatte und stemmte sich gegen das Dekret.

Die anderen Fraktionen der Mitte Oberwallis, SVPO, SPO, Le Centre und FDP sprachen sich im Walliser Parlament für den beschleunigten Bewilligungsprozess für alpine Solaranlagen aus – wobei die künftige Rolle der Oberwalliser Sozialdemokraten mittlerweile unklar ist. Zwar haben die drei SPO-Abgeordneten, die damals im Grossen Rat anwesend waren, für das Dekret gestimmt, doch wie sich die Partei im Abstimmungskampf positionieren wird, bleibt offen. Die SPO habe noch keine offizielle Position eingenommen, sagt Co-Präsidentin Claudia Alpiger auf Anfrage, diese werde am SPO-Kongress vom kommenden Freitag zur Sprache kommen. Eine Stimmfreigabe der SPO ist zumin-



Die Testanlage im Saflischthal. Grengiols Solar und die anderen Walliser Projekte müssen eventuell in eine Zusatzschleife.



Brigitte Wolf, Grüne.
Bild: pomona.media/Alain Amherd



Roberto Schmidt, neo.
Bild: pomona.media/Alain Amherd

dest denkbar. Wenn konservative Landschaftsschützer und linke Umweltschützer zusammenspannen, um ein Dekret zu versenken, ist das zumindest eine ungewöhnliche Konstellation. Brigitte Wolf sagt, dass die Diskussion über alpine Solaranlagen nicht

«Auch SVPU sympathisiert mit dem Referendum.»

Brigitte Wolf
Co-Präsidentin Grüne

nach einem Links-rechts-Muster verlaufe, das habe sich bei den bisherigen Sammelaktionen der Unterschriften gezeigt.

«Nicht nur Menschen, die sich Sorgen um unsere Natur machen, sondern auch Alpbewirtschafter und Bergbauern, die sich für intakte alpine Landschaften einsetzen, stehen dem Referendum positiv gegenüber», sagt Wolf. Die Solardebatte verlaufe abseits der herkömmlichen Parteilinien, was durchaus eine Chance für das Referendum sein könne.

Schwierige Kampagne

Der Walliser Energieminister Roberto Schmidt (neo) hat das Solardekret im Februar in einer Lesung und mit einer soliden Mehrheit durch das Parlament gebracht. 87 Ja- standen 41 Nein-Stimmen gegenüber, mit 106 Ja gegen 0 Nein bei 19 Enthaltungen verzichtete der Grosse Rat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit auf

eine zweite Lesung. Trotz der klaren Ausgangslage bleibt Schmidt vorsichtig. Das Referendum habe eine Chance, sagt er, denn es sei schwierig, den Inhalt des Dekrets zu vermitteln. «Es geht nicht darum, ob man für oder gegen alpine Solaranlagen ist, sondern einzig um das beschleunigte Bewilligungsverfahren», sagt Schmidt, und weiter, «wenn die Referendumsführer eine Kampagne mit Fotomontagen der Walliser Solarprojekte führen, wird es schwierig, mit sachlichen Argumenten entgegenzuhalten.»

Eine Einschätzung, die richtig sein dürfte, zumal auch die Fondation Franz Weber die Kampagne unterstützen dürfte – und das ziemlich unzimperlich. So schreibt Präsidentin Vera Weber im Referendumsbrief: «Die Walliser Landschaften sind in Gefahr. Der Grosse Rat des Kantons Wallis will ebenso wie der Bund riesige Solaranlagen

in unseren Bergen aufstellen. Dies zur Freude einiger Bauunternehmer, die von hohen Subventionen profitieren würden.» Sonnenkollektoren würden zu Hunderten aus dem Boden schiessen. Dies sei ein zerstörerischer Wahnsinn, so Vera Weber, deren Kampagnenkassen prall gefüllt sind.

Wer entscheidet?

Dem Dekret zufolge soll der Staatsrat als erste Instanz für Baugenehmigungen der Solarparks zuständig sein, um die Verfahren zu beschleunigen. Dies anstelle der KBK, die normalerweise diese Genehmigungen ausserhalb der Bauzonen erteilt. Im Falle einer Beschwerde soll auch die aufschiebende Wirkung ausser Kraft gesetzt werden können. Schmidt sagt, dass es wichtig sei, diesen Vorteil gegenüber den anderen Kantonen nicht zu verlieren. Er sagt aber auch, dass sich die

Kantonsverwaltung gut auf die kommenden Bewilligungsverfahren vorbereitet habe, die internen Prozesse seien festgelegt und terminiert worden.

Klar ist: Wird das Referendum angenommen, ist die kantonale Baukommission (KBK) für die Bewilligung zuständig, ansonsten der Staatsrat. Entscheidend sei jedoch auch, ob es nach der Bewilligung Einsprachen gegen die Projekte geben werde und wie die Gerichte diese abarbeiten würden. «Auf diese Aspekte hat das Dekret keinen direkten Einfluss», sagt Energieminister Schmidt. Doch: Wenn die KBK entscheidet, gibt es vor den Gerichten noch ein Beschwerdeverfahren vor dem Staatsrat, was wieder einige Monate in Anspruch nehmen wird.

Eine weitere Folge, wenn das Dekret bachab geschickt wird: Das konzentrierte Verfahren würde wegfallen. Das heisst, die KBK wäre nicht für alle Bewilligungen zuständig. Für Spezialbewilligungen für Seilbahnen, Rodungen oder Forststrassen wären andere Instanzen massgebend, womit mehrere Rechtsmittel offenblieben. «Mit dem konzentrierten Verfahren wollten wir einen einzigen Entscheid des Staatsrats erwirken und dann nur eine einzige Beschwerdemöglichkeit», erklärt Schmidt. Fällt das Dekret, fällt das beschleunigte Verfahren. Doch die Zeit drängt: Damit Subventionen in die Solarprojekte fliessen, müssen bis Ende 2025 mindestens zehn Prozent der erwarteten Produktion der gesamten geplanten Anlage oder 10 Gigawattstunden ins Netz eingespeist werden. Vollständig in Betrieb muss die Anlage bis Ende 2030 sein.

Politische Randnotiz: Das Abstimmungsdatum dürfte einen Einfluss auf den Ausgang des Urnenganges haben. Der offizielle Termin von Mitte Juni ist zu kurzfristig, der nächstmögliche Termin wäre der 22. Oktober. Dann finden auch die eidgenössischen Wahlen statt. Wer von dieser Kombination profitieren könnte, ist schwierig einzuschätzen. Daher dürfte der Staatsrat den 23. November 2023 als Abstimmungstermin festlegen.